

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen Braun, Martin Sichert, Petr Bystron,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/8740 –**

Erziehung von Kindern in den palästinensischen Gebieten zum Terrorismus verurteilen – Finanzierung durch Deutschland sofort beenden

A. Problem

Die antragstellende Fraktion weist in ihrem Antrag darauf hin, dass offizielle Organisationen und Behörden in den palästinensischen Gebieten seit vielen Jahren Kinder und Jugendliche zu Israelhass und Terrorismus indoktrinierten. Eine besondere Rolle nehme dabei die Erziehung zu so genannten „Märtyrern“ ein. Kinder lernten bereits im Vorschulalter, dass es höchstes Ziel und größte Ehre sei, im Kampf gegen die zionistischen Besatzer zu sterben. Dieses Streben nach Tod auf Allahs Weg sei das wirksamste Gift, das immer wieder neuen Judenhass produziere, weit über die Grenzen Israels hinaus. Es mache einen Frieden zwischen Israelis und Palästinensern unmöglich. Die Bundesregierung sei aufgefordert, alles zu unternehmen, diese Hasspropaganda zu beenden. Anhand der sehr hohen Zuwendungen der Bundesregierung an palästinensische Organisationen – in den Jahren 2021 und 2022 habe die Bundesregierung Zusagen von 340 Millionen Euro gemacht – sei es naheliegend, dass diese Propaganda auch mit deutschem Steuergeld finanziert werde. Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, die systematische Erziehung von Kindern in den palästinensischen Gebieten zu sogenannten Märtyrern als eine Erziehung zu Attentätern, Mördern und Selbstmordattentätern zu benennen, und diese zu verurteilen; anzuerkennen, dass diese Indoktrinierung zu zahlreichen Terrorakten von Kindern gegen Israel und Israelis führe, und unmittelbar verantwortlich sei für die steigende Zahl von verhafteten, verletzten und getöteten palästinensischen Kindern; der Palästinensischen Autonomiebehörde, sowie der PLO, Fatah und Hamas die Einstellung aller Zahlungen in Aussicht zu stellen, sofern diese Indoktrination nicht umgehend beendet werde; den Leiter der Palästinensischen Mission, Layth A. O. Arafat, in das Auswärtige Amt einzubestellen, um ihm diese Einschätzung und Vorhaben mitzuteilen; die finanziellen Mittel (jährlich ca. 9 Mio. Euro) für den Bereich Grundbildung über den Haushaltstitel „Bilaterale finanzielle Zusammenarbeit“ sofort und solange einzustellen, bis die UNESCO-Richtlinien in allen Lehrmaterialien vollumfänglich berücksichtigt worden seien und alle antisemitischen und israelfeindlichen

Lehrinhalte entfernt würden; sicherzustellen, dass mit deutschen Steuergeldern weder Lehrmittel noch Lehrkräfte gefördert würden, die Gewaltaufrufe und Judenhass verbreiteten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/8740 abzulehnen.

Berlin, den 18. Oktober 2023

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Renata Alt
Vorsitzende

Frank Schwabe
Berichtersteller

Michael Brand (Fulda)
Berichtersteller

Max Lucks
Berichtersteller

Peter Heidt
Berichtersteller

Jürgen Braun
Berichtersteller

Zaklin Nastic
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Frank Schwabe, Michael Brand (Fulda), Max Lucks, Peter Heidt, Jürgen Braun und Zaklin Nastic

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/8740** in seiner 127. Sitzung am 11. Oktober 2023 beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen. Außerdem hat er ihn zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, an den Rechtsausschuss, an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion weist in ihrem Antrag darauf hin, dass offizielle Organisationen und Behörden in den palästinensischen Gebieten seit vielen Jahren Kinder und Jugendliche zu Israelhass und Terrorismus indoktrinierten. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA), Fatah, PLO und Hamas förderten systematisch den Hass auf Juden und die Vernichtung des Staates Israel. Eine besondere Rolle nehme dabei die Erziehung zu so genannten „Märtyrern“ ein. Kinder lernten bereits im Vorschulalter, dass es höchstes Ziel und größte Ehre sei, im Kampf gegen die zionistischen Besatzer zu sterben. Die Kinder lernten, Israel habe es nie gegeben, alles Land sei gestohlenes palästinensisches Land. In den Schulbüchern existiere Israel als Land nicht. Israel müsse daher zwangsläufig zerstört werden, Palästina werde bald wieder frei sein.

Zur Befreiung des Heimatlandes brauche es den gerechten bewaffneten Kampf. Terror sei daher ein ‚Recht‘ der Palästinenser, und der Tod im Kampf sei das sogenannte Märtyrertum. Im islamischen Kontext sei der „Märtyrer“ derjenige, der den Tod im Kampf für Allah suche, gegen die Feinde des Islams, und dafür mit dem sicheren Einzug ins Paradies belohnt werde. Die PA wende sich mit Liedern, Spielen und Videos direkt an Kinder, mit der Botschaft vom glorreichen Tod als sogenannter „Märtyrer“. Sie veranstalte Sommercamps, wo Kindern die Massensterbe der bekanntesten Terroristen als Heldentaten beigebracht würden. Behördenvertreter besuchten die Familien der Terroristen, preisten den Tod, überreichten Geschenke und Geld, sicherten die Versorgung der Familie zu. Dieses Streben nach Tod auf Allahs Weg sei das wirksamste Gift, das immer wieder neuen Judenhass produziere, weit über die Grenzen Israels hinaus. Es mache einen Frieden zwischen Israelis und Palästinensern unmöglich.

Die Bundesregierung sei aufgefordert, alles zu unternehmen, diese Hasspropaganda zu beenden. Anhand der sehr hohen Zuwendungen der Bundesregierung an palästinensische Organisationen – in den Jahren 2021 und 2022 habe die Bundesregierung Zusagen von 340 Millionen Euro gemacht – sei es naheliegend, dass diese Propaganda auch mit deutschem Steuergeld finanziert werde. Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, die systematische Erziehung von Kindern in den palästinensischen Gebieten zu sogenannten Märtyrern als eine Erziehung zu Attentätern, Mördern und Selbstmordattentätern zu benennen, und diese zu verurteilen; anzuerkennen, dass diese Indoktrinierung zu zahlreichen Terrorakten von Kindern gegen Israel und Israelis führe, und unmittelbar verantwortlich sei für die steigende Zahl von verhafteten, verletzten und getöteten palästinensischen Kindern; der Palästinensischen Autonomiebehörde, sowie der PLO, Fatah und Hamas die Einstellung aller Zahlungen in Aussicht zu stellen, sofern diese Indoktrination nicht umgehend beendet werde; den Leiter der Palästinensischen Mission, Layth A. O. Arafa, in das Auswärtige Amt einzubestellen, um ihm diese Einschätzung und Vorhaben mitzuteilen; die finanziellen Mittel (jährlich ca. 9 Mio. Euro) für den Bereich Grundbildung über den Haushaltstitel „Bilaterale finanzielle Zusammenarbeit“ sofort und solange einzustellen, bis die UNESCO-Richtlinien in allen Lehrmaterialien vollumfänglich berücksichtigt worden seien und alle antisemitischen und israelfeindlichen Lehrinhalte entfernt würden; sicherzustellen, dass mit deutschen Steuergeldern weder Lehrmittel noch Lehrkräfte gefördert würden, die Gewaltaufrufe und Judenhass verbreiteten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 49. Sitzung am 18. Oktober 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/8740 abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 70. Sitzung am 18. Oktober 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/8740 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 48. Sitzung am 18. Oktober 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/8740 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 45. Sitzung am 18. Oktober 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/8740 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat in seiner 48. Sitzung am 18. Oktober 2023 die Beratung über den Antrag auf Drucksache 20/8740 aufgenommen und abgeschlossen. Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag auf Drucksache 20/8740 abzulehnen.

Die Fraktion der SPD weist darauf hin, dass als Beitrag zur Sicherung des Existenzrechts Israels die UNRWA in Deutschland von allen Regierungen unterstützt worden sei. Es sei wichtig immer wieder zu überprüfen, ob Gelder zweckentfremdet würden. Die Fraktion der SPD beobachte die Entwicklung sehr genau, am Ende brauche es jedoch UNRWA. Denn ohne das Hilfswerk sei eine friedliche Perspektive in der Region und auch für den Staat Israel nicht ersichtlich. Es handele sich zwar um keine neue Debatte, trotzdem sei es richtig, zum jetzigen Zeitpunkt nochmal genau hinzuschauen und sich damit auseinanderzusetzen.

Die Fraktion der CDU/CSU betont, dass die AfD ein sehr ernstes Thema zu Propaganda missbrauche, weshalb sie den Antrag ablehne. Sie hebt hervor, dass beim Thema Judenhass mit gleichem Maß gemessen werden müsse und auch das Agitieren des Linksextremismus gegen Juden und Israel genauso debattiert gehöre wie dies zurecht beim Rechtsextremismus geschehe. Beim Thema Antisemitismus dürfe man auf keinem Auge blind sein.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erachtet es als richtig, den Antisemitismus in allen seinen Facetten zu bekämpfen und verweist auf das von der Bundesregierung beabsichtigte Verbot von Samidoun. Die AfD habe mehrfach verharmlosende und beleidigende Äußerungen im Zusammenhang mit dem Holocaust getätigt. Ihr Verhältnis zu Israel sei strategischer Natur, um als Projektionsfläche für ein rassistisches Weltbild zu dienen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde die Verwendung der Mittel sehr genau prüfen. Diese seien nur für die Zivilbevölkerung bestimmt und sollten keiner Form von Rassismus dienen.

Die Fraktion der FDP wirft die Frage auf, welche Perspektive es in der Region gebe. Es scheine wichtig zu sein, dass mit allen Beteiligten, auch mit arabischen Ländern, über mögliche Lösungen nachgedacht werde. Der fürchterliche Angriff der Hamas auf Israel sei eine Zäsur, die hoffentlich viele Menschen zum Umdenken bewege. Die Probleme könnten nur friedlich gemeinsam gelöst werden.

Die Fraktion der AfD verweist auf die Schwierigkeit in Bezug auf Länder wie Myanmar die richtige Politik in Fragen der Minderheiten zu betreiben. Dies sei nicht zu schaffen, indem man die Volksgruppen gegeneinander ausspiele, dadurch dass man beispielsweise die Verbrechen der Rohingya nicht erwähne und nur die Reaktion anderer Volksgruppen hervorhebe. Diese hochkomplizierten Situationen gebe es oft im Menschenrechtsbereich.

Die **Fraktion DIE LINKE**. verweist auf die von den Koalitionsfraktionen aufgeführten Argumente. Sie werde den Antrag deshalb ablehnen.

Berlin, den 18. Oktober 2023

Frank Schwabe
Berichterstatter

Michael Brand (Fulda)
Berichterstatter

Max Lucks
Berichterstatter

Peter Heidt
Berichterstatter

Jürgen Braun
Berichterstatter

Zaklin Nastic
Berichterstatterin

